

Monti legt sich mit der Kirche an

ITALIEN sda. Im Zuge seines Sparkurses streicht Italiens Ministerpräsident Mario Monti Steuerleichterungen für Unternehmen der katholischen Kirche. Schätzungen zufolge könnten mit dem Schritt jährlich bis zu 600 Millionen Euro zusätzlich in die Staatskasse des schuldengeplagten Landes fliessen.

Monti stellte die Massnahmen am Freitag vor. Sie sehen vor, dass bestimmte Einrichtungen der Kirche wie Privatkliniken, Hotels oder Gasthäuser keine steuerlichen Vergünstigungen mehr geniessen.

Bislang war dies der Fall, weil sie auch Pfarrer und Nonnen beherbergen oder über Kapellen verfügen. Neben der Kirche sind auch andere gemeinnützige Organisationen betroffen. Monti hatte Italien im Dezember ein Sparprogramm verschrieben, um das von der Eurokrise besonders hart getroffene Land wieder auf Kurs zu bringen. Viele Bürger forderten danach, dass auch von der Kirche ein Beitrag zur Sanierung eingefordert werden müsse.

Neue Streiks in Frankfurt

FLUGHAFEN sda. Am Frankfurter Flughafen wird mehrere Tage gestreikt. Im laufenden Tarifkonflikt kündigte die Gewerkschaft der Flugsicherung gestern an, Arbeitsniederlegungen solle es von heute Sonntag, 21.00 Uhr, bis Donnerstag, 5.00 Uhr, geben. Verhandlungen waren am Freitagabend gescheitert. Kern des Konflikts ist das Tarifwerk für die rund 200 Vorfeldlotsen, Flugzeuginweise und Verkehrsdisponenten. Beide Seiten machten sich gegenseitig für das neuerliche Scheitern verantwortlich.

Der Flughafenbetreiber Fraport zeigte sich bei der Ankündigung eines erneuten Streiks aber zuversichtlich, trotzdem «den Flugbetrieb weitestgehend aufrechtzuerhalten».

Das gefallene Wunderkind

UNTERSUCHUNG Die Athener Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den einstigen Vorzeige-Unternehmer Lavrentis Lavrentiadis. Der Grund: Seine Schweizer Bankkonten.

GERD HÖHLER
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Noch vor einem Jahr schien die Welt mehr als in Ordnung für Lavrentis Lavrentiadis: Er galt als einer der erfolgreichsten griechischen Wirtschaftsführer. Jetzt wird es eng für den 39-Jährigen, der 2006 in Griechenland zum «Unternehmer des Jahres» gekürt wurde. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts auf Kreditbetrug, Geldwäsche und Unterschlagung. Nachdem die Justiz bereits im vergangenen Jahr in Griechenland Vermögenswerte des Unternehmers beschlagnahmte, greifen die Ermittler jetzt auch nach Auslandskonten: Vor einer Woche liess Staatsanwalt Giannis Dragatsis drei Schweizer Bankkonten sperren, die Lavrentiadis zugerechnet werden. Die Guthaben sollen sich auf rund 165 Millionen Euro belaufen.

Bereits mit 18 Jahren Firmenchef

Damit erreicht die Affäre um Lavrentiadis einen neuen Höhepunkt. Noch vor wenigen Jahren galt er in Griechenland als eine Art Wunderkind. 1990 übernahm er als 18-Jähriger nach dem frühen Tod seines Vaters die Führung des Familienunternehmens Neochimiki, eines Waschmittelproduzenten. 2003 brachte er die Firma an die Börse. Zwei Jahre später gründete Lavrentiadis das Pharmaunternehmen Alapis, das er in kurzer Zeit durch Übernahmen anderer Firmen zum Branchenführer machte. 2007 stieg er über einen Partner ins Mediengeschäft ein, erwarb Beteiligungen an Zeitungsverlagen, Fernsehsehdern und Radiostationen. Zwei Jahre darauf krönte Lavrentiadis seine Unternehmerkarriere mit der Übernahme der Proton Bank. Doch damit begann zu-



2009 war Lavrentis Lavrentiadis noch ein gefragter Mann. Hier bei einer Rede vor der amerikanisch-griechischen Handelskammer.

Keystone/Pantelis Saitas

gleich sein Absturz. Bereits 2010 hatte die griechische Zentralbank offenbare erste Hinweise auf dubiose Geschäfte des Geldinstituts. Zentralbankchef Giorgos Provopoulos ordnete Ermittlungen an. Der Prüfbericht, den er im August

2011 auf den Schreibtisch bekam, hatte es in sich. Von «hochriskanten Geschäften» der Privatbank war in dem mehrere hundert Seiten umfassenden Bericht die Rede. Kredite in hoher dreistelliger Millionenhöhe sollen versickert

sein. Die oft gar nicht gesicherten Darlehen flossen zum Teil an Firmen, die dem Proton-Hauptaktionär Lavrentiadis zugerechnet werden, teils an Offshore-Unternehmen mit klingvollen Namen wie «Blue Island» oder «Gold Valley».

Seine Bank wurde verstaatlicht

Seine Bank ist der einstige Hoffnungsträger Lavrentiadis inzwischen los: Anfang Oktober 2011 wurde das in Schieflage geratene Institut verstaatlicht. 900 Millionen Euro kostete die Rettung. Das Geld kam aus dem ersten Griechenland-Rettungspaket. Lavrentiadis weist alle Vorwürfe zurück. Er habe sich bei seinen Geschäften stets absoluter Gesetzestreue befleißigt. Und die Millionen in der Schweiz? Kein Schwarzgeld, sondern «persönliches Vermögen», alles ordnungsgemäss versteuert, lässt Lavrentiadis erklären.

Staatsanwalt Dragatsis hat seine Ermittlungen inzwischen abgeschlossen. In den nächsten Tagen wird die Anklage erwartet.

Deutsche Beamte wollen helfen

VERWALTUNG sda. Mehr als 160 deutsche Finanzbeamte stehen nach Informationen der «Wirtschaftswoche» bereit, Griechenland beim Aufbau einer modernen Finanzverwaltung zu helfen. Das sagte Staatssekretär Hans Bernhard Beus aus dem Bundesfinanzministerium der «Wirtschaftswoche». Für die Aufbauhelfer seien englische Sprachkenntnisse Voraussetzung, ein Dutzend spreche auch Griechisch, sagte Beus. «Wir sollten bei der Hilfe für Griechenland auch die Möglichkeit der Reaktivierung deutscher Steuerbeamter im Ruhestand in Erwägung ziehen», empfahl der hessische Finanzminister Thomas Schäfer. So könnten «grosse praktische Erfahrungen mobilisiert werden».

Das Märchen vom knappen Bauland in der Schweiz

RAUMPLANUNG Der Schweiz geht das Bauland aus. Die Bauzonen sind an verschiedenen Orten bereits in wenigen Jahren aufgebraucht. Wohnraum wird in der Schweiz damit noch teurer, die Wohnungsknappheit noch grösser. Solche und ähnliche Schlagzeilen sind in letzter Zeit häufig zu lesen.

Vermeintliche Bodenknappheit gab es weltweit bereits öfters. Ab 1880 strömten beispielsweise im Zusammenhang mit dem Goldrausch Tausende nach Südkalifornien. Aufgrund des

knappen Landangebotes stiegen die Bodenpreise ins Unermessliche. 1888 platzte die Blase und brachte viele Leute um ihr ganzes Vermögen. Damals lebten in Kalifornien 860 000 Personen, heute sind es 37 Millionen!

Die Schweiz erlebt heute etwas Ähnliches. Aufgrund unserer wirtschaftlichen Attraktivität und hohen Lebensqualität zogen im Durchschnitt der letzten 30 Jahre rund 50 000 Personen pro Jahr neu in die Schweiz, seit Einführung der Personenfreizügigkeit sogar zwischen 70 000 und 100 000 Personen. Damit musste jedes Jahr eine Stadt in der Grösse von Luzern-Littau zur Unterbringung der Neuzuzüger gebaut werden.

Neben der preistreibenden Wirkung wird insbesondere auch die Zersiedelung der Landschaft zum Problem. Jede Sekunde wird in der Schweiz heute eine Fläche von rund 1 Quadratmeter verbaut, das heisst alle zwei Stunden die Fläche eines Fussballfeldes oder jährlich die Fläche des Walensees. Mehr und mehr wird das Mittelland zur zusammenhängenden Agglomeration mit einem undefinierten Siedlungsbrei. Damit zerstören wir einen Grundpfeiler unserer hohen Lebensqualität und schaffen massive ökologische Probleme aufgrund der induzierten Pendlerströme. Muss diese Entwicklung als Kehrseite unseres wirtschaftlichen und politischen Erfolgsmodells Schweiz einfach hingenommen werden oder kann etwas dagegen getan werden?

Interessanterweise sind unsere Städte noch bei

weitem nicht an ihren Kapazitätsgrenzen angelangt. In Luzern-Littau leben gerade mal 2600 Personen pro Quadratkilometer. In Zürich sind es zum Vergleich 4000 Personen, in Genf 11 700. In Paris sind es rund 20 000 Personen!

AUSSICHTEN

Sowohl im schweizerischen als auch im internationalen Vergleich besteht also noch viel Verdichtungspotenzial. Die Zürcher Kantonalbank kommt denn auch zum Schluss, dass in der inneren Verdichtung der Städte dreimal so viel Potenzial schlummert wie in den heute bereits eingezonten noch unbebauten Bauzonen

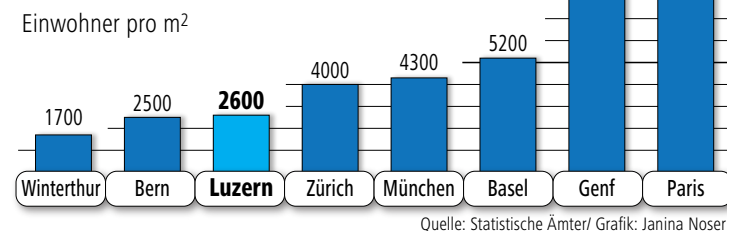
Das althergebrachte schweizerische Selbstbild von der dezentralen, ländlichen Region und die Angst vor starken Zentren muss hinterfragt werden. Die mit dem Aufkommen des Internets verbundene Vorstellung, dass die Leute dezentral wohnen und arbeiten und ohne grosses Reisen kommunizieren,

«Mehr und mehr wird das Mittelland zur zusammenhängenden Agglomeration mit einem undefinierten Siedlungsbrei.»

MARKUS SCHMIDIGER

hat sich mittlerweile als Illusion entpuppt. Das Gegenteil ist eingetreten: Die Konzentration auf attraktive Zentren hat sich weiter verstärkt. Die aktiven, kreativen Macher wollen dort leben, wo andere spannende Leute sind und wo intellektuell, kulturell und wirtschaftlich etwas läuft. Die Bedeutung starker Metropolen hat weltweit massiv

Bevölkerungsdichte Städte im Vergleich



zugenommen. Verdichtung geistert als Schlagwort seit längerem durch die Welt, konkrete Taten fehlen aber häufig. In die Höhe bauen ist zwar wieder in. Nicht nur in Zürich, sondern auch in Luzern und Zug. Bisher allerdings, ohne dass die Ausnutzungsziffern massiv erhöht wurden. Dies wäre jedoch eine Voraussetzung, um wirkliche Verdichtung zu erreichen.

Ein grosser Vorteil der Schweiz ist ihr mittlerweile sehr engmaschiges (öffentliches) Verkehrsnetz. Insbesondere mit den S-Bahnen hat sich die Schweiz eine hervorragende Basis zur Siedlungsentwicklung in einer grösseren, regional zusammenhängenden «Stadtlandschaft» geschaffen. In den Zentren und um die damit vernetzten S-Bahnstationen ist die Ausnutzung zu erhöhen. Damit können verdichtete, multifunktionale, miteinander verbundene Kleinzentren geschaffen werden. Wenn zusätzlich Ausnutzungsboni für ökologisches oder soziales Bauen gewährt werden, kann die entsprechende Steuerung mit marktwirtschaftlichen Instru-

menten erreicht werden. Zudem wird die ökologische Verkehrs- und Stau-problematik entschärft.

Das von Bund, Kantonen und Gemeinden entwickelte Raumkonzept Schweiz ist eine gute erste Basis. Das Denken in «Metropolitanregionen» bietet die Chance für zukunftsfähige Lösungen. Die Umsetzung bedingt aber eine Koordination der Gemeinden, Städte und Regionen und die Bereitschaft, in etwas grösseren, zukunftsgerichteten Dimensionen zu denken. Die in den nächsten Jahren anstehenden raumplanerischen Entscheide bieten eine Chance, die es zu packen gilt.

HINWEIS

► Dr. Markus Schmidiger ist Studien- und Projektleiter Immobilienmanagement an der Hochschule Luzern. Dieser Artikel ist auch auf dem Immobilienblog der Hochschule Luzern unter <http://blog.hslu.ch/immobilienblog/> publiziert. Dort finden Sie auch weitere Informationen und können mit uns diskutieren. Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen. ◀